

**DE**

Brüssel, den 11. April 2025

|  |
| --- |
| **594. PLENARTAGUNG**  **26./27. März 2025**  **ZUSAMMENFASSUNG DER VERABSCHIEDETEN STELLUNGNAHMEN, ENTSCHLIEẞUNGEN UND INFORMATIONS-/BEWERTUNGSBERICHTE** |
| Dieses Dokument kann in allen Amtssprachen der Europäischen Union auf dem EWSA-Internetportal abgerufen werden:  <https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/plenary-session-summaries>  Die aufgeführten Stellungnahmen können online über die Suchmaschine des EWSA abgerufen werden:  <https://dmsearch.eesc.europa.eu/search/opinion> |

**Inhalt**

[**1.** **WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION, WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER ZUSAMMENHALT** 3](#_Toc195255640)

[**2.** **BESCHÄFTIGUNG, SOZIALFRAGEN, UNIONSBÜRGERSCHAFT** 5](#_Toc195255641)

[**3.** **VERKEHR, ENERGIE, INFRASTRUKTUREN, INFORMATIONSGESELLSCHAFT** 14](#_Toc195255642)

[**4.** **BINNENMARKT, PRODUKTION, VERBRAUCH** 16](#_Toc195255643)

[**5.** **LANDWIRTSCHAFT, LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT** 17](#_Toc195255644)

[**6.** **AUẞENBEZIEHUNGEN** 22](#_Toc195255645)

[**7.** **BERATENDE KOMMISSION FÜR DEN INDUSTRIELLEN WANDEL** 26](#_Toc195255646)

# **WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION, WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER ZUSAMMENHALT**

1. [***Ex-post-Bewertung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds 2014–2020***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/information-reports/ex-post-evaluation-european-regional-development-fund-and-cohesion-fund-2014-2020)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatterin** | Maria del Carmen BARRERA CHAMORRO (Gruppe Arbeitnehmer – ES) |
| **Referenzdokument** | Bewertungsbericht auf Ersuchen der Europäischen Kommission  EESC-2024-03238-00-00-RE |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* ist der Ansicht, dass sowohl beim EFRE als auch beim Kohäsionsfonds der Schwerpunkt auch auf einen besseren Zugang zu Umschulung und Weiterbildung sowie auf die Entwicklung von wirtschaftlichen Aufstiegschancen für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger gelegt werden sollte;
* betont, dass der soziale Dialog hierbei ein nützliches Instrument sein kann;
* vertritt die Auffassung, dass der EFRE und der Kohäsionsfonds stärker auf schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden sollten, da die hier erzielten Ergebnisse nach wie vor unbefriedigend sind;
* empfiehlt, besonderes Augenmerk auch auf eine ausgewogene territoriale Entwicklung aller Regionen zu legen;
* hält die Grundprinzipien des Kohäsionspolitik (Partnerschaftsprinzip, geteilte Mittelverwaltung und Multi-Level-Governance) weiter für relevant, die deshalb bei allen weiteren Schritten als Leitprinzipien beibehalten werden sollten;
* weist darauf hin, dass eine bessere Konsultation der Zivilgesellschaft auch bedeutet, dass deren Rückmeldungen bei der EU-Programmplanung maßgeblich berücksichtigt werden;
* fordert, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Investitionen in europäische Fonds richtig zu bewerten;
* weist darauf hin, dass die Verwaltungskapazitäten ausgebaut werden müssen, damit die Akteure der Zivilgesellschaft eine aktivere Rolle spielen können;
* empfiehlt, den Schwerpunkt auf die langfristige wirtschaftliche Tragfähigkeit zu legen. Dazu müssten Faktoren der Bereiche Soziales, Umwelt und Barrierefreiheit in die Infrastrukturplanung einbezogen werden;
* hält mehr Programme für KMU und Selbstständige für erforderlich. Diese beiden Gruppen bilden das Rückgrat der Volkswirtschaften der meisten EU-Mitgliedstaaten;
* hält die Konsultation der Zivilgesellschaft während des gesamten Prozesses der Kohäsionspolitik und der damit verbundenen Fonds für wichtig und notwendig. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Vorschlag für einen neuen MFR, der für das dritte Quartal 2025 erwartet wird;
* ist der Ansicht, dass soziale Inklusion wichtig ist und weiter gestärkt werden muss;
* empfiehlt, die Begünstigten wirksam in die EFRE- und Kohäsionsfondsplanung einzubeziehen, da sie die jeweiligen Herausforderungen und erforderlichen Prioritätensetzungen am besten kennen. Ohne die aktive Beteiligung aller Interessenträger lassen sich solche Programme nur schwer konzipieren;
* erachtet die Eigenverantwortung für die Programme als entscheidend für deren wirksame Umsetzung. Es sollten auch ausreichende Ressourcen für NRO bereit gestellt werden, damit diese die Verwendung von EU-Mitteln kontrollieren und überwachen können;
* hält die Vereinfachung der Antrags- und Umsetzungsverfahren für eine entscheidende Voraussetzung für die Beteiligung und Zusammenarbeit;
* ist der Ansicht, dass die Komplementarität der EU-Mittel gefördert werden sollte, da dies ihre Effizienz und Wirksamkeit verbessert;
* empfiehlt, die Beteiligungsmöglichkeiten auf alle Arten und neue Formen der Beteiligung auszuweiten, damit alle und in allen Phasen teilnehmen können und die Teilnahme nicht auf bestimmte Fälle beschränkt bleibt;
* hält die Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Sozialpartner für wichtig, um dem bestehenden Misstrauen entgegenzuwirken;
* schlägt Flexibilität in der Verwaltung als ein zentrales Ziel jeder Kohäsionspolitik vor;
* vertritt die Auffassung, dass mehr für Grenzregionen getan werden sollte, die in den letzten Jahren mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert waren.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Georgios Meleas* |
| *Tel.* | *+32 2 5469795* |
| *E-Mail* | [*Georgios.Meleas@eesc.europa.eu*](mailto:Georgios.Meleas@eesc.europa.eu) |

# **BESCHÄFTIGUNG, SOZIALFRAGEN, UNIONSBÜRGERSCHAFT**

1. ***[Die Zivilgesellschaft in Anbetracht der Krisen und krisenhaften Phänomene im Europa von heute](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/crises-and-crisis-phenomena-modern-europe-and-civil-society)***

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatterin** | Ariane RODERT (Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft – SE) |
| **Referenzdokumente** | Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des polnischen Ratsvorsitzes  EESC-2024-03332-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* begrüßt die Ausrichtung der EU auf zivile Vorsorge und Krisenmanagement und das Ersuchen des polnischen EU-Ratsvorsitzes um eine Sondierungsstellungnahme zu Rolle und Erfahrungen der Organisationen der Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang;
* möchte den Standpunkt der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die nächsten Schritte deutlich machen und wird unter anderem Folgestellungnahmen zu wichtigen Aspekten vorlegen;
* fordert ein Umdenken, um eine Kultur der Vorsorge auf allen Ebenen der Gesellschaft und über Generationen hinweg zu fördern;
* betont, dass das Ziel aller Vorsorgeinitiativen die Wahrung eines gerechten und dauerhaften Friedens sein muss, wozu die Ursachen von Konflikten anzugehen und Bedingungen zu fördern sind, die Würde, Chancengleichheit und sozialen Fortschritt begünstigen;
* unterstreicht, dass zivile Vorsorge die Widerstandsfähigkeit verbessert und der Schutz der Bürger eine mitgliedstaatliche Aufgabe bleibt;
* weiß um die unterschiedlichen Aufgaben der Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten und fordert einen Konsens zwischen der Zivilgesellschaft und den einzelstaatlichen Regierungen in Bezug auf die Aufgaben und die Zuständigkeiten der Akteure;
* verweist auf die vielfältigen Beiträge der Zivilgesellschaft, z. B. baut sie Vertrauen und sozialen Zusammenhalt auf, stärkt und fördert eine aktive Bürgerschaft, sensibilisiert, gibt Informationen weiter, ermittelt Risiken, sucht den Kontakt zu schutzbedürftigen Gruppen, mobilisiert Freiwillige, stellt humanitäre Hilfe bereit, unterstützt in Krisensituationen und schützt Grundrechte und Grundfreiheiten;
* fordert die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Zivilgesellschaft beim Aufbau von ziviler Vorsorge gleichberechtigt mit anderen Interessenträgern teilnehmen, einen Beitrag leisten und sich einbringen kann;
* betont, dass proaktiv in die Zivilgesellschaft investiert werden muss, um im Krisenfall Resilienz und Handlungsfähigkeit zu gewährleisten;
* nimmt deshalb mit Besorgnis den schrumpfenden Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft und die zunehmenden Bedrohungen für die Demokratie zur Kenntnis und fordert eine umfassende Strategie für den zivilen Dialog, die in einen Aktionsplan münden sollte;
* betont, wie wichtig transparente und kohärente öffentliche Mittel für die Vorsorge der Zivilgesellschaft sind, und auch der Aufbau von Kapazitäten sowie die Krisenhilfe sind bedeutungsvoll;
* empfiehlt, die Hindernisse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit abzubauen und weitere Maßnahmen zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Unterstützung zu ergreifen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Jean-Marie Rogue* |
| *Tel.* | *+32 25468909* |
| *E-Mail* | *JeanMarie.Rogue@eesc.europa.eu* |

* [***Ex-post-Bewertung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds für den Programmplanungszeitraum 2014-2020***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/information-reports/ex-post-evaluation-asylum-migration-and-integration-fund-2014-2020-programming-period)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatterin** | Nicoletta MERLO (Gruppe Arbeitnehmer – IT) |
| **Referenzdokument** | Bewertungsbericht auf Ersuchen der Europäischen Kommission  EESC-2024-01881-00-00-RE |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* stellt fest, wie **wichtig** der AMIF für die Abstimmung auf die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten in den Bereichen Asyl, Migration und Integration war. Gleichwohl kann der **Verwaltungsaufwand die Wirksamkeit von Projekten beeinträchtigen**, da das Personal mehr Zeit für den Verwaltungsaufwand benötigt, als es für die praktische Arbeit vor Ort aufwenden kann;
* empfiehlt, dass die **Planung und Umsetzung** des AMIF unter Berücksichtigung der **konkreten Herausforderungen** und **Bedürfnisse sämtlicher EU-Länder** (je nachdem, ob es sich hierbei um Erstankunfts-, Transit- oder Zielländer handelt) sowie ihrer Strukturen und Kapazitäten **weiter verbessert** werden sollten;
* regt an, dass die Beiträge des EWSA, der Sozialpartner, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und weiterer Projektbeteiligter auch während der **Ex-ante- und der Halbzeitbewertung** eingeholt werden und dann in die Gestaltung und Umsetzung des künftigen Programms einfließen, damit es effizienter wird;
* betont, dass **die Maßnahmen flexibler durchzuführen sind** und dabei lokalen und individuellen Prioritäten und Bedürfnissen rechtzeitig Rechnung getragen werden muss, vor allem was besonders schutzbedürftige Personen angeht;
* stellt fest, dass die Initiatoren eines Projekts die **Förderbestätigung rechtzeitig erhalten und die Mittel** für die gesamte Laufzeit der Projekte **ausreichen** und **rechtzeitig bereitgestellt** werden müssen**;**
* unterstreicht, dass **Bürokratie und Verwaltungsanforderungen zu straffen und zu vereinfachen sind** sowie der administrative Aufwand zu verringern ist;
* **weist darauf hin,** dass durch den Fonds **hervorragende Möglichkeiten** für **engere Verbindungen und Netzwerke zwischen Interessenträgern** entstanden sind. Die Kommunikation und Kooperation zwischen den Projektträgern und den zuständigen Behörden müssen verbessert werden;
* betont, dass in allen Mitgliedstaaten **Überwachungs- bzw. Aufsichtsausschüsse** für den AMIF eingerichtet werden sollten und die einschlägigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Sozialpartner **ordentliche Mitglieder dieser Ausschüsse** sein müssen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Triin Aasmaa Gomes* |
| *Tel.* | *+32 25469524* |
| *E-Mail* | [*Triin.AasmaaGomes@eesc.europa.eu*](mailto:Triin.AasmaaGomes@eesc.europa.eu) |

1. [***Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz – derzeitige und künftige Herausforderungen im Zusammenhang mit den traditionellen und neuen Technologien unter besonderer Berücksichtigung der KI***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/health-and-safety-work-current-and-future-challenges-light-traditional-and-new-technologies-focus-ai)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | Carlos Manuel TRINDADE (Gruppe Arbeitnehmer – PT) |
| **Referenzdokument** | Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des polnischen Ratsvorsitzes  EESC-2024-03858-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* weist darauf hin, dass die Rahmenrichtlinie 89/391/EWG die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den EU-Mitgliedstaaten erheblich verbessert hat. Es sind jedoch weitere Anstrengungen erforderlich, um die Bestimmungen dieser Richtlinie vollständig und wirksam umzusetzen. Auf dem Gipfel zum Arbeitsschutz im Jahr 2023 wurde hervorgehoben, dass für eine stärkere Durchsetzung gesorgt werden muss;
* erkennt das Potenzial von KI und Robotik für die Schaffung sichererer und gesünderer Arbeitsplätze; betont, wie wichtig es ist, den strategischen EU-Rahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz mithilfe auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhender politischer Maßnahmen und einer dreiseitigen Zusammenarbeit umzusetzen. Es ist eine wirksame Regulierung erforderlich, um mit der Digitalisierung zusammenhängenden Risiken vorzubeugen;
* stellt fest, dass sich die Arbeitswelt angesichts zunehmender Interaktionen zwischen Mensch und Maschine, KI-gestützter Entscheidungsfindung und Telearbeit weiterentwickelt. Infolge der COVID‑19-Pandemie wurde der digitale Wandel beschleunigt und hat sich die Telearbeit verdoppelt. Diese Veränderungen erfordern aktualisierte Arbeitsschutzstrategien;
* hebt hervor, dass digitale Technologien Risiken am Arbeitsplatz verringern oder neue Gefahren hervorbringen können, woraus sich die Notwendigkeit einer wachsamen Regulierungstätigkeit ergibt. Es sind Maßnahmen in den Bereichen Gesetzgebung und Verhandlungen erforderlich, um neue Risiken wirksam bewältigen zu können. Für die Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem digitalisierten Arbeitsumfeld ist ein proaktiver Ansatz wesentlich.
* warnt, dass die EU beim digitalen Wandel insbesondere auf dem Gebiet der KI und der digitalen Innovation zurückliegt, was ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Die Digitalisierung bietet die Chance, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts die Produktivität zu verbessern. Zur Schließung der digitalen Kluft muss Europa seine Bemühungen um technologische Fortschritte verstärken;
* betont, dass die digitalen Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebaut werden müssen, damit sie für den Arbeitsmarkt interessant bleiben und ihre Autonomie beibehalten können. Es besteht die Gefahr eines zunehmenden Verlustes von Kompetenzen (Deskilling) aufgrund KI‑gestützter Arbeitsmanagementsysteme. Die Maßnahmen sollten auf lebenslanges Lernen und Schulungsmaßnahmen im Hinblick auf den digitalen Wandel ausgerichtet werden;
* fordert eine starke KI-Regulierung und starke Arbeitnehmerrechte, um die Kontrolle des Menschen über KI-gestützte Arbeitsmanagementsysteme zu gewährleisten. Die Arbeitnehmer, insbesondere auf elektronischen Plattformen tätige Arbeitskräfte sollten über Anhörungsrechte in Bezug auf die Einführung von KI haben. Es sind transparente Maßnahmen erforderlich, um bei KI-Anwendungen Vorurteile und Diskriminierung zu verhindern;
* unterstreicht, wie wichtig Schulungen und Kompetenzen im Arbeitsschutzbereich sind, besonders dann, wenn neue Technologien eingeführt werden. Vielen Arbeitnehmer fehlt es an grundlegenden Kompetenzen im Lesen und in Problemlösung, was ihre Fähigkeit beeinträchtigt, Sicherheitsanweisungen zu verstehen. Eine Schließung dieser Lücken ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherheit am Arbeitsplatz;
* macht auf ethische und rechtliche Bedenken im Zusammenhang mit KI aufmerksam, da sich durch KI Vorurteile in Bezug auf Geschlecht, Rasse, Alter oder Behinderung verfestigen können, was ein Risiko für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz darstellt. Der Rechtsrahmen der EU umfasst 116 Rechtsakte, in denen auf die Auswirkungen der KI auf den Arbeitsplatz eingegangen wird. Voraussetzung für sichere und faire Arbeitsbedingungen ist eine umfassende Einbeziehung der Arbeitnehmer bei der Einführung von KI;
* wirft Bedenken hinsichtlich Überwachung und Datenschutz am Arbeitsplatz auf und warnt vor einer einschneidenden elektronischen Überwachung, betont aber zugleich deren Sicherheitsvorteile. Die EU sollte die Wirksamkeit der bestehenden Rechtsvorschriften überwachen und ggf. weitere Maßnahmen ergreifen. Einer transparenten KI-Entscheidungsfindung und der Datensicherheit muss Vorrang gegeben werden;
* fordert die Sozialpartner auf, über Tarifverträge aktiv an der Regelung von KI am Arbeitsplatz mitzuwirken. Angesichts der begrenzten Zahl solcher Vereinbarungen drängt er auf einen sozialen Dialog, um für einen menschenzentrierten Ansatz für KI zu sorgen; ruft zudem die Europäische Kommission auf, den Sozialpartnern die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, auch für den Ausbau ihrer Kapazitäten und ihres Wissens über den bestehenden Rechtsrahmen, damit diese die Herausforderungen der Digitalisierung wirksam meistern können.

|  |  |
| --- | --- |
| *Kontakt* | *Alessia Cova* |
| *Tel.* | *+32 25469426* |
| *E-Mail* | [*Alessia.Cova@eesc.europa.eu*](mailto:Alessia.Cova@eesc.europa.eu) |

1. [***Arbeitszeit, Effizienz der Wirtschaft und Wohlergehen der Arbeitnehmer (auch im Kontext von Digitalisierung und Automatisierung): eine rechtliche und vergleichende Analyse der Lage in den EU-Mitgliedstaaten***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/working-time-efficiency-economy-and-well-being-workers-including-context-digital-change-and-work-automation-legal-and)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatterin** | Maria del Carmen BARRERA CHAMORRO (Gruppe Arbeitnehmer – ES) |
|  |  |
|  | |
| **Referenzdokument** | Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des polnischen Ratsvorsitzes  EESC-2024-03947-00-00-AC |
|  |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* ist der Ansicht, dass im Sinne der Definition von Arbeitszeitverkürzung als einer geringeren Zahl pro Bezugszeitraum geleisteter Arbeitsstunden bei gleichem Lohnniveau klar zwischen kürzeren Arbeitstagen in Form von Teilzeitarbeit und komprimierten Arbeitstagen unterschieden werden muss (in letzterem Fall wird dieselbe Anzahl von Arbeitsstunden an weniger Tagen geleistet, z. B. vier Tage à zehn Stunden);
* hält die Arbeitszeit für einen der Aspekte der Arbeit, die sich am stärksten auf die Lebensqualität, d. h. das Wohlergehen, der Menschen auswirken und für eine effiziente Organisation der Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen entscheidend sind;
* stellt fest, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der EU zwar 37,1 Stunden beträgt, es aber große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Branchen gibt. Die verfügbaren, auf der Grundlage von Pilotprojekten gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen einer kürzeren Arbeitswoche und Produktivität bestehen könnte: je kürzer die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, desto höher die Produktivität. In diesem Zusammenhang sollten branchenspezifische Modelle und Pilotprojekte zum Verhältnis zwischen einer kürzeren Arbeitswoche und Produktivität weiter untersucht werden;
* ist der Auffassung, dass die Sozialpartner erheblich dazu beitragen können, dass möglichst viele Branchen und Unternehmen Regelungen einführen, die sie für angemessen erachten. Allerdings sind die Möglichkeiten der Sozialpartner, entsprechende Vereinbarungen zu treffen, nicht in allen Ländern und auch nicht in allen Branchen gleich. Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten sollten ermuntert werden, förderliche Bedingungen in Form von Anreizen oder Rechtsvorschriften für Branchen und/oder Unternehmen zu schaffen, die solche Vereinbarungen testen möchten;
* plädiert für die Einführung flexibler Formen der Arbeitszeitgestaltung, um den Bedürfnissen verschiedener schutzbedürftiger Gruppen zu entsprechen. Dabei gilt es, gute Arbeit zu garantieren;
* ist der Ansicht, dass den Sozialpartnern auf allen Ebenen eine wichtige Rolle bei der Erörterung flexibler Regelungen einschließlich der Arbeitszeitverkürzung zukommt. Die Sozialpartner müssen mit allen erforderlichen Mitteln aktiv gefördert und unterstützt werden, um die Vorteile kürzerer und/oder flexiblerer Arbeitszeiten für Gesundheit, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Effizienz zu erhöhen;
* empfiehlt, von den Sozialpartnern vereinbarte neue Modelle für flexible Arbeitsorganisation, einschließlich der Viertagewoche und/oder einer Arbeitszeitverkürzung, zu fördern, um die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu unterstützen. Flexible Arbeitszeitregelungen schaffen ein Gleichgewicht zwischen dem Interesse der Arbeitgeber, die Produktivität zu steigern, und dem Interesse der Arbeitnehmer, Berufs- und Privatleben besser vereinbaren und ihre Arbeitszeitregelungen beeinflussen zu können;
* hebt die positiven Auswirkungen einer Verkürzung der Arbeitszeit auf die Gesellschaft hervor, wie etwa die demografische Erneuerung, die Gleichstellung der Geschlechter, eine geringere Belastung des Gesundheitssystems und die Möglichkeit, Arbeitnehmer länger in der Arbeitswelt zu halten, wodurch ein positives Umfeld geschaffen wird, das Kreativität und Innovation fördert. Ein gutes soziales Umfeld kommt nicht nur dem Staat, sondern auch Unternehmen und Arbeitnehmern zugute;
* fordert die EU-Organe, die einzelstaatlichen Regierungen und die Sozialpartner auf, die Anerkennung des Rechts auf Nichterreichbarkeit für alle Arbeitnehmer in der EU zu beschleunigen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Ana Dumitrache* |
| *Tel.* | *+32 25468*131 |
| *E-Mail* | [*Ana.Dumitrache@eesc.europa.eu*](mailto:Ana.Dumitrache@eesc.europa.eu) |

1. [***Inklusion von Menschen mit Behinderungen vor dem Hintergrund der Entwicklung von neuen Technologien und KI – Möglichkeiten, Herausforderungen, Risiken und Chancen***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/including-persons-disabilities-development-new-technologies-and-ai-possibilities-challenges-risks-and-opportunities)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatterin** | Dovilė JUODKAITĖ (Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft – LT) |
|  |  |
| **Referenzdokument** | Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des polnischen Ratsvorsitzes |
| EESC-2024-04195-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* ist der Auffassung, dass es im gesamten Prozess der Konzeption, Entwicklung, Bewertung und Umsetzung neuer Technologien und KI-gestützter Anwendungen überaus wichtig ist, Menschen mit Behinderungen einzubeziehen. Ihre Einbeziehung ist von entscheidender Bedeutung, um potenzielle Diskriminierungsrisiken zu mindern;
* fordert die Mitgliedstaaten und die EU auf, zu prüfen und zu bewerten, wie es um die Inklusivität von KI-Anwendungen in wichtigen Bereichen bestellt ist;
* ist der Ansicht, dass es weiterer Folgemaßnahmen bedarf, um Menschen mit Behinderungen vor dem schädlichen Einsatz von angeblich risikoarmen Systemen, insbesondere im Bereich Beschäftigung und Einstellung, zu schützen;
* betont, wie wichtig es ist, die allgemeine Barrierefreiheit von Dienstleistungen und Waren sicherzustellen, die neue Technologien und KI-gestützte Lösungen anwenden;
* ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten dafür sorgen müssen, dass die Arbeitgeber die Möglichkeiten, die sich aus neuen technologischen Entwicklungen und KI-Anwendungen ergeben, für einen Ausbau der Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen für Arbeitnehmer mit Behinderungen nutzen;
* empfiehlt, die öffentlichen Ausgaben für die Erforschung und Entwicklung KI-gestützter Lösungen für Barrierefreiheit und technologische Unterstützung zu erhöhen und die Öffentlichkeit besser über diese technologischen Fortschritte zu informieren;
* fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die bestehenden Programme zur digitalen Qualifizierung von Menschen mit Behinderungen umzusetzen und auszuweiten, um ihre derzeitige Situation und ihre Qualifikationen in diesen Bereichen zu verbessern, und gleichzeitig darauf hinzuarbeiten, dass Menschen mit Behinderungen einen besseren Zugang zur Hochschul- und Berufsbildung in Technologiebranchen haben;
* hebt die Notwendigkeit hervor, angemessene Vorkehrungen für Arbeitnehmer mit Behinderungen am Arbeitsplatz zu fördern. Hierzu gehören auch die Bereiche öffentliche und private Einstellungsverfahren, Qualifizierung und Berufsbildung sowie Hochschulbildung.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| ***Kontakt*** |  | *Valeria Atzori* |
| *Tel.* |  | *+32 25468774* |
| *E-Mail* |  | [*Valeria.Atzori@eesc.europa.eu*](mailto:Valeria.Atzori@eesc.europa.eu) |

1. [***Zugang zu Sozialschutz für Selbstständige – Bestandsaufnahme, Beschränkungen, Möglichkeiten zur Stärkung***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/access-social-welfare-self-employed-analysis-limitations-and-scope-improvement)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | Marcin Antoni ZIELENIECKI (Gruppe Arbeitnehmer - PL) |
| **Referenzdokument** | EESC-2024-03442-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* weist auf den Grundsatz 12 der Europäischen Säule sozialer Rechte hin, in dem das Recht auf Sozialschutz aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig von Art und Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses einschließlich des Schutzes Selbstständiger zu vergleichbaren Bedingungen bekräftigt wird;
* verweist ferner auf die Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz aus dem Jahr 2019 und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, einen wirksamen Schutz für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten, darunter auch für jene in atypischen Beschäftigungsverhältnissen sowie Selbstständige, insbesondere wenn diese Plattformarbeit leisten;
* würdigt die bisherigen Bemühungen zur Verbesserung des Sozialschutzes für Selbstständige und betont, dass die EU aufgrund der begrenzten Fortschritte weiter tätig werden muss, wobei die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und der EU in diesem Bereich in vollem Umfang gewahrt bleiben müssen;
* betont, wie wichtig die Schaffung und Fortführung resilienter, auch für Selbstständige zugänglicher Programme zur Erhaltung von Arbeitsplätzen ist und unterstützt das IAO-Modell für angemessene und tragfähige Sozialschutzsysteme, die eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung der Lebensqualität aller Menschen sind;
* fordert die Mitgliedstaaten auf, im Einklang mit den nationalen Gepflogenheiten Sozialschutzsysteme zu entwickeln, die nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in typischen oder atypischen Beschäftigungsformen, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sind. Im Einklang mit dem Grundsatz 14 der Europäischen Säule sozialer Rechte sollten diese Systeme arbeitsunfähigen Menschen ein Mindesteinkommen bieten und Arbeitsfähige durch Anreize und Hilfen bei der Rückkehr ins Erwerbsleben unterstützen, wobei die finanzielle Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme jederzeit gewährleistet sein muss;
* fordert nachdrücklich weitere Maßnahmen zur Angleichung der arbeitsmarkt- und sozialschutzpolitischen Strategien ebenso wie eine kontinuierliche Überwachung von Sozialschutzfragen, insbesondere mit Blick auf atypisch Beschäftigte und Selbstständige, im Rahmen des Europäischen Semesters, um Lücken wirksam und effizient zu ermitteln und zu schließen;
* spricht sich für einen weiteren Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten aus, um ihre Sozialschutzsysteme unter angemessener Einbeziehung der Organisationen der Sozialpartner anzupassen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Bartek Bednarowicz* |
| *Tel.* | *+32 2 546 9229* |
| *E-Mail* | [*Bartek.Bednarowicz@eesc.europa.eu*](mailto:Bartek.Bednarowicz@eesc.europa.eu) |

# **VERKEHR, ENERGIE, INFRASTRUKTUREN, INFORMATIONSGESELLSCHAFT**

1. [***Überarbeitung der Verordnung über die Gasspeicherung***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/revision-gas-storage-regulation)

|  |  |
| --- | --- |
| **Referenzdokumente** | Stellungnahme der Kategorie C  COM(2025) 99 final  EESC-2025-00873-00-00-AC |

**Kernaussagen**

* Da der Ausschuss einer Verlängerung des bestehenden Rahmens bis Ende 2027 zustimmt, hat er beschlossen, eine befürwortende Stellungnahme zu diesem Vorschlag abzugeben.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Giorgia Bordignon* |
| *Tel.* | *+32 2 5468535* |
| *E-Mail* | [*GiorgiaAndrea.Bordignon@eesc.europa.eu*](mailto:GiorgiaAndrea.Bordignon@eesc.europa.eu) |

1. [***Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2026-2027)***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/research-and-training-programme-european-atomic-energy-community-2026-2027)

|  |  |
| --- | --- |
| **Referenzdokumente** | Stellungnahme der Kategorie C  COM(2025) 60 final  EESC-2025-00986-00-00-AC |

**Kernaussagen**

* Da der Ausschuss dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung für den Zeitraum 2025-2026 in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ und zur Aufhebung der Verordnung (Euratom) 2021/765 des Rates zustimmt, hat er beschlossen, eine befürwortende Stellungnahme zu diesem Vorschlag abzugeben.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Albert Precup* |
| *Tel.* | *+32 2 5469326* |
| *E-Mail* | [*Albert.Precup@eesc.europa.eu*](mailto:Albert.Precup@eesc.europa.eu) |

# **BINNENMARKT, PRODUKTION, VERBRAUCH**

1. [***Fristen für die Umsetzung und Berichterstattung/CSRD und CSDDD***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/application-and-reporting-deadlinescsrd-and-csddd)

|  |  |
| --- | --- |
| **Referenzdokumente** | Stellungnahme der Kategorie C  COM(2025) 80 final |
| EESC-2025-0963-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA stimmt dem Inhalt des Vorschlags zu und hat keine Bemerkungen dazu vorzubringen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Alice Tétu* |
| *Tel.* | *+ 32 25468286* |
| *E-Mail* | [*Alice.Tetu@eesc.europa.eu*](mailto:Alice.Tetu@eesc.europa.eu) |

# **LANDWIRTSCHAFT, LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELT**

1. [***Bewertung der Richtlinie (EU) 2019/633 vom 17. April 2019 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (einschließlich Bestandsaufnahme der nationalen Rechtsvorschriften über unlautere Geschäftspraktiken)***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/information-reports/evaluation-directive-e-eu-2019633-17-april-2019-unfair-trading-practices-b2b-relationships-agricultural-and-food-supply)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatterin** | Antje GERSTEIN (Gruppe Arbeitgeber – DE) |
| **Ko-Berichterstatter** | Branko RAVNIK (Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft – SL) |
|  | |
| **Referenzdokumente** | EESC-2024-02156-00-00-RE |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* empfiehlt eine Verbesserung der Durchsetzungsmechanismen auf EU-Ebene im Interesse einer größeren Rechtssicherheit, EU-weit gleicher Wettbewerbsbedingungen und eines stärkeren Schutzes insbesondere der schwächeren Akteure in der Lieferkette;
* empfiehlt, die Richtlinie zu harmonisieren, damit sie für den Binnenmarkt geeignet ist;
* schlägt vor, zum Aufbau eines gerechteren Systems die Kosten für eine nachhaltige Entwicklung auf alle Interessenträger, einschließlich der Verbraucher, aufzuteilen sowie die Bemühungen um größere Preistransparenz zu unterstützen;
* regt an, Herausforderungen wie Preisvolatilität, saisonale Engpässe und Verwaltungsaufwand durch ein besseres Risikomanagement und eine stärkere Unterstützung der Erzeuger zu bewältigen und den Erzeugerschutz auszuweiten, einschließlich strengerer Verbote von Logistikgebühren, versteckten Rabatten und Verkaufsprämien;
* schlägt vor, entschlossenere Maßnahmen zur Erhaltung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe zu ergreifen und angemessene Sanktionen für Verstöße einzuführen, um die Abschreckungswirkung der Richtlinie zu erhöhen und für eine bessere Einhaltung der Vorschriften zu sorgen;
* empfiehlt, die Informationskampagnen zu verbessern, damit die Interessenträger ihre Rechte und Pflichten, die Schutzverfahren und die Funktionsweise der Behörden kennen;
* schlägt vor, ein EU-weites Portal für die Meldung unlauterer Handelspraktiken zu schaffen, um der Angst vor Vergeltungsmaßnahmen zu begegnen und die Beschwerdemechanismen zu verbessern; erachtet die Schaffung des Europäischen Rats für Landwirtschaft und Ernährung als Folgemaßnahme des offenen Dialogs, der durch den strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU eingeleitet wurde, als wichtigen Schritt nach vorn;
* fordert die Kommission auf, ihren Entwurf der überarbeiteten Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel vorzulegen, mit der die Informationen über den Ursprung von Erzeugnissen und so die Rückverfolgbarkeit verbessert werden sollen;
* empfiehlt, den Anwendungsbereich der Richtlinie zu prüfen, um Machtungleichgewichte zu beseitigen, die Effizienz entlang der Lieferkette zu fördern und in den Lieferantenbeziehungen für Fairness (einschließlich einer angemessenen Risiko- und Gewinnverteilung) zu sorgen und die Einhaltung von Verboten bestimmter Praktiken zum wirksamen Schutz aller Marktteilnehmer zu erhöhen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Myrto Kolyva* |
| *Tel.* | *+32 25468718* |
| *E-Mail* | [*Myrto.Kolyva@eesc.europa.eu*](mailto:Myrto.Kolyva@eesc.europa.eu) |

1. [***Empfehlungen der Zivilgesellschaft für einen Europäischen Pakt für die Meere***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/civil-societys-vision-european-oceans-pact)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | **Javier GARAT PÉREZ** (Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft – ES) |
| **Referenzdokumente** | Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen der Europäischen Kommission  EESC-2024-04595-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* begrüßt, dass der Europäischen Pakt für die Meere zu den Prioritäten der Europäischen Kommission für die neue Mandatsperiode gehört, und fordert einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem wirtschaftlicher Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit mit der Sanierung der Umwelt und der Förderung der sozialen Gerechtigkeit kombiniert werden;
* empfiehlt eine enge Abstimmung des Pakts auf die EU-Strategie für die blaue Wirtschaft, die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den europäischen Grünen Deal. Der Pakt sollte sowohl die maritime als auch die landgestützte Wirtschaft berücksichtigen, mit anderen politischen Maßnahmen der EU im Einklang stehen, insbesondere mit dem Deal für eine saubere Industrie, der Strategie für die meerestechnische Industrie und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, um so Kohärenz und Wirkungskraft zu gewährleisten. Zudem hält es der EWSA auch für sehr wichtig, die EU-Strategie für maritime Sicherheit zu stärken und bestehende Politikbereiche, wie die Gemeinsame Fischereipolitik, zu bewerten.
* empfiehlt, den EU-Rahmen für die Meerespolitik zu stärken und zu verbessern, indem bestehende Strategien und Gremien effizienter koordiniert, Fragmentierung und Doppelarbeit vermieden, die diplomatischen Bemühungen intensiviert und Netzwerke für die Zusammenarbeit zwischen Küstengemeinden, Produktionssektoren und Wissenschaft gefördert werden. Zu diesem Zweck empfiehlt der EWSA, in allen EU-Organen eigene Arbeitsgruppen zum Thema Meere und Ozeane einzurichten;
* fordert die Europäische Kommission auf, einen Mechanismus für die Zusammenarbeit zwischen den EU-Agenturen mit Zuständigkeiten in Meeresangelegenheiten einzurichten, um die Sammlung von Daten und Wissen zu optimieren. Eine effiziente Meeresbewirtschaftung kann nur mithilfe der Wissenschaft gelingen;
* empfiehlt, die maritime Raumordnung zu überarbeiten, um Synergien zu ermöglichen und bei Interessenkonflikten, die sich aus dem Ausbau neuer maritimer Sektoren ergeben, einen Ausgleich herbeiführen zu können. Es sollte eine positive Koexistenz und ein ökosystembasierter Ansatz angestrebt werden;
* fordert die Schaffung einer „Industrieallianz für die Wertschöpfungsketten der blauen Wirtschaft“, in der alle relevanten Interessenträger (Unternehmen, Sozialpartner, Forschungseinrichtungen, politische Entscheidungsträger und Investoren usw.) zusammenkommen;
* fordert Mittel für meeresbezogene Maßnahmen zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 14. Dafür müssen dringend öffentliche und private Mittel mobilisiert werden; empfiehlt, in horizontalen Fonds wie Horizont Europa oder dem Europäischen Sozialfonds eigene Haushaltslinien für die Meere einzurichten und sektorale Fonds wie den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) zu stärken;
* fordert die Kommission nachdrücklich auf, eine soziale Dimension in den Pakt aufzunehmen, die einen gerechten und digitalen Wandel im maritimen Sektor mit umfassender Unterstützung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet, und den Generationswechsel durch Initiativen zur Anziehung junger Menschen zu fördern, den Arbeitsschutz zu stärken und die Teilnahme an Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen zu erleichtern;
* fordert, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und einen starken maritimen Cluster mit klaren Dekarbonisierungszielen zu schaffen, um sicherzustellen, dass die maritime Industrie floriert und in Europa bestehen bleibt;
* empfiehlt die Schaffung eines umfassenden Mechanismus zur Überwachung und Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung des Pakts und fordert seine Beteiligung an diesem Mechanismus.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | Gaia Bottoni |
| *Tel.* | *+32 25469447* |
| *E-Mail* | [*Gaia.Bottoni@eesc.europa.eu*](mailto:Gaia.Bottoni@eesc.europa.eu) |

1. [***Neue Bestimmungen für die grenzüberschreitende Durchsetzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/new-rules-cross-border-enforcement-against-unfair-trading-practices-0)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatterin** | **Emilie PROUZET** (Gruppe Arbeitgeber – FR) |
| **Referenzdokumente** | COM(2024) 576 final  EESC-2024-04652-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* unterstützt die Stärkung der Zusammenarbeit der nationalen Behörden im Binnenmarkt und den Geist des offenen Dialogs zwischen den verschiedenen Akteuren der Lebensmittelversorgungskette in den letzten Monaten, und wünscht, dass dieser Geist in dem neu eingerichteten Europäischen Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung (EBAF) beibehalten wird;
* stellt fest, wie wichtig eine bessere Kommunikation, Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden zur besseren Unterstützung der Beschwerdeführer ist. In diesem Zusammenhang weist der EWSA erneut auf die wichtige Rolle der Dolmetscher und Übersetzer hin. Sprache ist nach wie vor ein wesentliches Hindernis beim Zugang zu Verfahren;
* begrüßt die Entscheidung der Kommission, die Empfehlungen des strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU im Gesetzgebungsprozess rasch zu berücksichtigen;
* hat Verständnis dafür, dass keine Folgenabschätzung durchgeführt wurde, da mit der vorgeschlagenen Verordnung lediglich die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden geklärt werden sollen, die bereits in der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken enthalten sind;
* ruft die beiden gesetzgebenden Organe auf, dafür zu sorgen, dass die vorgeschlagene Verordnung ein Rechtsakt bleibt, der ausschließlich darauf abzielt, administrative und verfahrenstechnische Maßnahmen zu spezifizieren, und dass im Binnenmarkt tätige Unternehmen Rechtssicherheit genießen und frei wählen können, welches Recht und welche Gerichtsbarkeit für ihre Verträge gelten, solange das Wettbewerbsrecht gewahrt bleibt;
* plädiert daher nachdrücklich dafür, dass die Maßnahmen der Verordnung nur für die Zusammenarbeit zwischen den Durchsetzungsbehörden in Bezug auf unlautere Handelspraktiken und die auf EU-Ebene harmonisierten Schwellenwerte gemäß Artikel 3 und 4 der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken gelten;
* fordert die beiden gesetzgebenden Organe auf, dafür zu sorgen, dass die Durchsetzungsbehörden das uneingeschränkte Recht haben, Ersuchen um Informationsaustausch über nicht durch die Richtlinie über unlautere Handelspraktiken harmonisierte nationale Vorschriften abzulehnen; fordert sie ebenfalls auf, keine Maßnahmen vorzuschlagen, die zu einer Renationalisierung der Versorgung in Europa führen und in diesem Sinne erhebliche territoriale Versorgungsengpässe mit schwerwiegenden Folgen für die Verbraucher und die Nachhaltigkeit der Produkte legitimieren.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Myrto Kolyva* |
| *Tel.* | *+32 25468718* |
| *E-Mail* | [*Myrto.Kolyva@eesc.europa.eu*](mailto:Myrto.Kolyva@eesc.europa.eu) |

1. [***Änderung der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation (GMO) betreffend Bestimmungen für Verträge, Erzeugerorganisationen und Zusammenarbeit zwischen Landwirten***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/amendment-common-markets-organisation-cmo-regulation-rules-contracts-producer-organisations-and-cooperation-between)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | Stoyan TCHOUKANOV (Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft – BG) |
|  | |
| **Referenzdokumente** | COM(2024) 577 final  EESC-2024-04584-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* unterstützt den Vorschlag der Europäischen Kommission, die Position der Erzeuger in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette zu stärken, empfiehlt jedoch zugleich weitere Verbesserungen;
* begrüßt die Verpflichtung zu schriftlichen Verträgen für Lieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse einschließlich objektiver Indikatoren für Produktionskosten und Informationen über Marktpreise und empfiehlt, die Ausnahmeregelung hinsichtlich des Schwellenwerts auf europäischer Ebene auf einen Betrag von 5 000 EUR festzulegen;
* plädiert dafür, dass jeder Mitgliedstaat objektive und transparente nationale und/oder regionale Indikatoren für Produktionskosten und Informationen über Marktpreise in Absprache mit allen Interessenträgern der Wertschöpfungskette festlegt und veröffentlicht;
* unterstützt die Einführung einer obligatorischen Revisionsklausel in schriftlichen Verträgen, die vom Erzeuger ausgelöst werden kann und neue Verhandlungen über die an die Landwirtinnen und Landwirte gezahlten Preise unter Berücksichtigung von Veränderungen bei den Produktionskosten und Marktpreisen ermöglicht, wobei den Nachhaltigkeitskriterien gebührend Rechnung getragen werden sollte, und schlägt Modalitäten für diese Verhandlungen vor;
* unterstützt die kurzfristige Einrichtung von Mediationsverfahren in jedem Mitgliedstaat unter Berücksichtigung möglicherweise bereits bestehender Verfahren und ist der Ansicht, dass ein Mechanismus für die Entscheidungsfindung innerhalb kurzer Fristen eingerichtet werden muss;
* unterstützt den Vorschlag der Kommission, dass nicht anerkannte Erzeugerorganisationen dieselben Ausnahmen von den Wettbewerbsregeln in Anspruch nehmen können wie anerkannte Erzeugerorganisationen, schlägt jedoch vor, dass diese Möglichkeit einen Übergang zu einer offiziellen Anerkennung innerhalb von zwei Jahren darstellen sollte;
* unterstützt die Festlegung von Modalitäten für die Verwendung der Begriffe „fair“, „gerecht“ und „kurze Lieferketten“ und empfiehlt, die Begriffe „fair“ und „gerecht“ zu präzisieren, indem die Vergütung der Erzeuger einbezogen und ein angemessener Lebensstandard für alle im Agrar- und Lebensmittelsektor Beschäftigten gewährleistet wird;
* unterstützt den Vorschlag der Kommission, die Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der zwischen den Erzeugern abgestimmten Verhaltensweisen (u. a. zu Arbeits- und Sicherheitsbedingungen) zu stärken;
* empfiehlt, die Referenzschwellenwerte für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu überarbeiten und aktualisieren, um sie mit den derzeitigen wirtschaftlichen Gegebenheiten in Einklang zu bringen;
* schlägt vor, anstelle der Agrarreserve eine Ad-hoc-Finanzhilfe zu mobilisieren, um die Marktteilnehmer im Falle eines gravierenden Marktungleichgewichts zu unterstützen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Martine Delanoy* |
| *Tel.* | *+32 2 5469802* |
| *E-Mail* | [*Martine.Delanoy@eesc.europa.eu*](mailto:Martine.Delanoy@eesc.europa.eu) |

# **AUẞENBEZIEHUNGEN**

* [***Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Sicherheit – der Beitrag der EU‑Handelspolitik zu den Zielen des Draghi-Berichts***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/competitiveness-and-economic-security-how-should-eu-trade-policy-contribute-objectives-draghi-report)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | Georgi STOEV (Gruppe Arbeitgeber – BG) |
| **Referenzdokumente** | Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des polnischen Ratsvorsitzes  EESC-2025-00020-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* ist der Auffassung, dass die Handelspolitik eng mit der Industriepolitik und der europäischen Politik für wirtschaftliche Sicherheit abgestimmt werden muss, wenn der Handel einen wirksamen Beitrag zu den Zielen des Draghi-Berichts leisten soll. Dies erfordert eine gemeinsame europäische Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik, zu deren Hauptkomponenten eine Außenwirtschafts- und Handelspolitik gehört;
* weist darauf hin, dass die Hauptziele dieser politischen Koordinierung im Einklang mit einem integrierten Konzept der offenen, nachhaltigen und selbstbewussten Handelspolitik mit folgenden Zielen stehen sollten: a) die Versorgung mit kritischen Rohstoffen und die Nachhaltigkeit der Lieferketten im Allgemeinen sichern; b) Europa befähigen, wettbewerbsfähig zu sein, die fortschrittlichsten Technologien zu nutzen und eine Führungsrolle bei einem fairen und nachhaltigen ökologischen und digitalen Wandel zu übernehmen; c) zu einer deutlichen Senkung der Energiepreise, die maßgeblich für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verantwortlich sind, beitragen;
* ist der Auffassung, dass angesichts der sich verändernden Lage ein einheitliches Vorgehen und möglicherweise eine Reaktion auf EU-Ebene erforderlich sind. Dazu bedarf es der Führungsstärke, einschließlich der Nutzung bestehender handelspolitischer Schutzinstrumente im Falle rechtswidrig eingeführter Zölle, einschließlich Vergeltungszölle, Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsdiplomatie und Klagen vor der WTO. Eine Diversifizierung des Handels wird ebenfalls dringend empfohlen;
* schlägt die Einrichtung eines Europäischen Investitionsfonds für wirtschaftliche Resilienz und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit vor, um die Finanzkraft der EU und die Darlehenskapazität der EIB zur Unterstützung von InvestEU-Programmen zu stärken. Die Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion würde dazu beitragen, dass privates Kapital deutlich schneller in Investitionen fließt;
* betont, die Zivilgesellschaft bei den Verhandlungen mitwirken muss, um sicherzustellen, dass die Handelsnormen der EU weiterhin wirksam zum Schutz der allgemeinen Interessen der EU beitragen. Durch die strukturierte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen mittels die Verhandlungen begleitender Konsultationen können bestimmte kritische Fragen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Abkommen vor ihrer Annahme beleuchtet werden.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Marco Ristori* |
| *Tel.* | *+32 25469969* |
| *E-Mail* | [*Marco.Ristori@eesc.europa.eu*](mailto:Marco.Ristori@eesc.europa.eu) |

1. [***Strategische Partnerschaft EU-Indien***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/eu-india-strategic-partnership)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | Aurel Laurențiu PLOSCEANU (Gruppe Arbeitgeber – RO) |
|  | |
| **Referenzdokumente** | Initiativstellungnahme  EESC-2024-04035-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* fordert die Europäische Kommission mit Nachdruck auf, die strategische Partnerschaft mit Indien, der formal größten Demokratie der Welt, auszubauen und einen der aktuellen politischen und strategischen Lage entsprechenden neuen, ambitionierten Fahrplan vorzuschlagen;
* fordert die Europäische Kommission auf, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien zu intensivieren, um Indien strategisch als Präferenzpartner der Europäischen Union zu etablieren;
* spricht sich dafür aus, die Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien in allen Bereichen auszuweiten, weiter für faire, inklusive und regelbasierte internationale Handelsbeziehungen einzutreten und dabei an die gemeinsame Geschichte anzuknüpfen und auf die gemeinsamen Werte unserer alten Zivilisationen sowie unser gemeinsames Verständnis der gegenwärtigen Lage zu bauen;
* empfiehlt, die Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Indien im Rahmen bilateraler und multilateraler Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Bau – insbesondere von Tiefseehäfen und Flughäfen – und Energieverbindungsleitungen zu intensivieren;
* plädiert dafür, die Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Indien im Hinblick auf Verteidigung und Sicherheit insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation auch im Rahmen gemeinsamer Projekte im Bereich der Raumfahrt und der Güter mit doppeltem Verwendungszweck weiter zu vertiefen und dabei den Beitrag kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) besonders zu berücksichtigen;
* empfiehlt, die Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten mit Indien im Rahmen gemeinsamer Projekte im Bereich der maritimen Sicherheit zu vertiefen, und zwar insbesondere mit Blick auf den westlichen Indischen Ozean und die dortigen Schifffahrtsrouten;
* empfiehlt, den kulturellen Austausch der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Indien insbesondere durch Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschulen und Austauschprogramme für Studierende sowie Lehr- und Forschungsbeauftragte weiter auszubauen;
* empfiehlt, die Zusammenarbeit mit Indien im Rahmen des Wirtschaftskorridors Indien-Nahost-Europa (IMEC) auszuweiten, und wird demnächst eine umfassende Stellungnahme zum IMEC‑Projekt und dessen Zukunftsperspektiven erarbeiten;
* fordert den Europäischen Rat, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Arbeiten des Diskussionsforums EU-Indien unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft umgehend wiederaufzunehmen;
* begrüßt das bevorstehende Gipfeltreffen EU-Indien und den in diesem Rahmen ausgerichteten Jugendgipfel und wäre bereit, einen Beitrag hierzu zu leisten.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Tena Vukelic* |
| *Tel.* | *+32 2 5469277* |
| *E-Mail* | [*Tena.Vukelic@eesc.europa.eu*](mailto:Tena.Vukelic@eesc.europa.eu) |

1. [***Wachstumsplan für die Republik Moldau***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/moldova-growth-plan/related-links-rex-595)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | Dumitru FORNEA (Gruppe Arbeitnehmer – RO) |
| **Referenzdokument** | COM(2024) 470 final  EESC-2024-04655-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission und den Bericht des Europäischen Parlaments über den Wachstumsplan für die Republik Moldau, das bislang größte Finanzhilfepaket der EU für die Republik Moldau;
* unterstreicht, dass die Sozialpartner, die Organisationen der Zivilgesellschaft, Fachleute, Wissenschaftler und die lokalen Behörden in die Entwicklung, Überwachung und Umsetzung der Reformagenda sowie in die Formulierung und Überwachung spezifischer Indikatoren und Zwischenindikatoren zur Messung der Fortschritte einbezogen werden sollten. Wichtig ist, dass Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft an der Entwicklung des Scoreboards des Plans und an der unabhängigen Überwachung der Umsetzung der Reformagenda beteiligt werden;
* empfiehlt, Mittel aus der Finanzhilfekomponente des Wachstumsplans bereitzustellen, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt werden;
* empfiehlt zwei konzeptionelle Anpassungen der oben genannten Parameter dieser Unterstützung:
* Erhöhung des Anteils der Finanzhilfen von derzeit 16 % auf 35 % im Verbund mit einer proportionalen Verringerung des Anteils der Darlehen zu Vorzugsbedingungen;
* Erhöhung des Mindestanteils des für Investitionen einzusetzenden Gesamtdarlehensbetrags von 25 % auf 35 %;
* stimmt den drei Säulen des Wachstumsplans zu, da sie die wirtschaftliche und rechtliche Annäherung des Landes an die Standards der EU beschleunigen, und weist auf weitere Aspekte hin, die bei der Umsetzung des Plans zu berücksichtigen sind: Umwelt, Digitalisierung, soziale Investitionen, Dezentralisierung und lokale Autonomie, Einhaltung der EU-Standards für Qualität und Lebensmittelsicherheit usw.;
* betont, dass die moldauischen Staatsunternehmen effizienter werden müssen;
* empfiehlt, dass mindestens 20 % aller Investitionen in die lokale und regionale Entwicklung investiert werden sollten, um eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung im ganzen Land zu gewährleisten;
* betont, dass Menschenrechtsfragen wie die Geschlechtergleichstellung, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und der Grundsatz, wonach niemand zurückgelassen werden darf, durchgängige Prioritäten in allen aus diesem Plan geförderten Projekten sein müssen;
* empfiehlt die Bereitstellung angemessener Mittel für die Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses in der Republik Moldau.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Katarina Albrechtova* |
| *Tel.* | *+32 25469460* |
| *E-Mail* | [*Katarina.Albrechtova@eesc.europa.eu*](mailto:Katarina.Albrechtova@eesc.europa.eu) |

* [***Aktionsplan zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft in der Europäischen Union und Kasachstan im Rahmen der Umsetzung der neuen EU-Strategie für Zentralasien und des Global Gateway***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/action-plan-enhancing-cooperation-between-civil-society-organisations-european-union-and-kazakhstan-framework)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter:** | Dumitru FORNEA (Gruppe Arbeitnehmer – RO) |
|  | |
| **Referenzdokumente** | Initiativstellungnahme  EESC-2024-02254-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* unterstützt die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kasachstan im Hinblick auf die Prioritäten und Chancen, die sich aus der neuen EU-Strategie für Zentralasien und der Initiative Global Gateway ergeben;
* ist sich bewusst, dass die Partnerschaft mit der EU ein Eckpfeiler der Außenpolitik Kasachstans ist, das als erstes Land in Zentralasien ein Abkommen über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Union unterzeichnet hat. Dieses Abkommen fördert die Zusammenarbeit in Schlüsselsektoren wie Handel, Investitionen, Energie, Landwirtschaft und Konnektivität. Die EU ist der wichtigste Handelspartner Kasachstans, und durch den Ausbau der Konnektivität und der Verkehrsnetze schlägt das Land Brücken zwischen Asien und Europa;
* hält es für unabdingbar, dass diese Beziehungen in erster Linie auf Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Inklusivität ausgerichtet sind und mit den Werten und strategischen Zielen der EU in Einklang stehen, indem ökologische, soziale und geopolitische Belange berücksichtigt werden. Aufgrund seiner durch die Teilnahme am jährlichen Forum der Zivilgesellschaft EU-Zentralasien gewonnenen Erfahrungen ist Kasachstan ohne weiteres in der Lage, sich hinsichtlich der Programme für den sozialen und zivilgesellschaftlichen Dialog mit der EU abzustimmen;
* unterstützt die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen und sozialen Dialogs in Zentralasien und spricht sich dafür aus, diesem Dialog nach dem Vorbild der bewährten Verfahren in den Beziehungen zur organisierten Zivilgesellschaft im Westbalkan eine offizielle Form zu verleihen;
* ist der Ansicht, dass auf der Grundlage eines Aktionsplans eine an mehreren Prioritäten ausgerichtete, strukturierte Entwicklung der Beziehungen zwischen der organisierten Zivilgesellschaft in der EU und Kasachstan im Einklang mit den Zielen der neuen EU-Strategie für Zentralasien möglich ist. Die Finanzierung sollte im Rahmen der Global-Gateway-Initiative erfolgen und sich proportional aus Beiträgen der Staaten dieser Region sowie Mitteln anderer internationaler Geber speisen;
* ist der Ansicht, dass die EU dazu beitragen könnte, die Entwicklung und Stärkung der Zivilgesellschaft in Kasachstan zu unterstützen, indem sie ein Programm für den Erfahrungsaustausch zwischen Verwaltungsbeamten aufstellt;
* ist der Ansicht, dass die EU durch die Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten für junge Kasachen im Rahmen des Programms Erasmus auch die Entwicklung der kasachischen Zivilgesellschaft unterstützen sollte.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | Daniele Vitali |
| *Tel.* | *+32 254 68817* |
| *E-Mail* | [*Daniele.Vitali@eesc.europa.eu*](mailto:Daniele.Vitali@eesc.europa.eu) |

# **BERATENDE KOMMISSION FÜR DEN INDUSTRIELLEN WANDEL**

* [***Eine europäische Strategie für flüssige Brennstoffe für einen nachhaltigen, erschwinglichen und resilienten Übergang zu einer Niedrigemissionswirtschaft***](https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/european-liquid-fuels-strategy-sustainable-affordable-and-resilient-low-carbon-transition)

|  |  |
| --- | --- |
| **Berichterstatter** | Veselin MITOV (Gruppe Arbeitnehmer – BG) |
| **Ko-Berichterstatter** | Alessandro BARTELLONI (Kategorie 1 – IT) |
|  | |
| **Referenzdokumente** | Initiativstellungnahme  EESC-2025-03709-00-00-AC |

**Kernaussagen**

Der EWSA

* fordert eine EU-Strategie für flüssige Brennstoffe, mit der eine Umstellung von fossilen Brennstoffen auf dekarbonisierte und erneuerbare Alternativen herbeigeführt wird und in der auf die Nachhaltigkeit, Erschwinglichkeit und Zuverlässigkeit sämtlicher Verkehrsträger eingegangen wird;
* stellt fest, dass eine solche Strategie nicht nur die Klimaziele unterstützen, sondern in erster Linie dazu beitragen würde, die Energiequellen zu diversifizieren und zugleich die Versorgungssicherheit zu verbessern sowie Investitionen in erneuerbare Energien anzuregen, die Kreislaufwirtschaft zu fördern, die Herstellung von Biokraftstoffen und E-Fuels für den grenzüberschreitenden Handel zu standardisieren sowie nachhaltig zu gestalten und eine Alternative zu bieten, wenn sich eine Elektrifizierung als schwierig erweist;
* empfiehlt, die Lieferketten für dekarbonisierte und erneuerbare flüssige Brennstoffe effizienter zu gestalten, indem Rohstoffbeschaffung, -mischung und -lagerung verbessert werden und die Logistik mithilfe von Industrieclustern optimiert wird;
* betont, dass die bestehende Infrastruktur für dekarbonisierte und erneuerbare flüssige Brennstoffe genutzt werden muss, die sich auch für nachhaltige flüssige Brennstoffe eignet, um die hohen Kosten für die Gesellschaft so gering wie möglich zu halten;
* fordert, das Potenzial nachhaltiger Biomasse voll auszuschöpfen und für einen offenen Dialog mit Schlüsselindustrien zu sorgen;
* unterstreicht, wie wichtig es ist, die Kosten für die Herstellung dekarbonisierter und erneuerbarer Brennstoffe zu senken, indem ein kosteneffizienter Zugang zu sauberem Strom und sauberen Rohstoffen bereitgestellt wird, und die Kapazitäten der Produktionsanlagen zu erhöhen. Gleichzeitig sollten Initiativen der EU im Forschungs- und Entwicklungsbereich, darunter der EU-EHS-Innovationsfonds, genutzt werden, um Innovationen und Investitionen in CO2-arme Technologien für die Erzeugung nachhaltiger flüssiger Brennstoffe voranzutreiben;
* fordert Ausbildungsprogramme und Bildungsinitiativen zur Verbesserung der Kompetenzen der Arbeitskräfte und der Beschäftigungsfähigkeit und zur Schaffung von für die Wirtschaft wichtigen guten „grünen Arbeitsplätzen“ mit Hilfe des sozialen Dialogs einzuführen.

|  |  |
| --- | --- |
| ***Kontakt*** | *Adam Dorywalski* |
| *Tel.* | *+32 25469397* |
| *E-Mail* | [*Adam.Dorywalski@eesc.europa.eu*](mailto:Adam.Dorywalski@eesc.europa.eu) |

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_